

Schweiz erlebt grösste Krise seit 1945

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Der Fourier : offizielles Organ des Schweizerischen Fourier-Verbandes und des Verbandes Schweizerischer Fouriergehilfen**

Band (Jahr): **70 (1997)**

Heft 8

PDF erstellt am: **17.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-520027>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Fortsetzung von Seite 15

Es kommt noch «dicker»: Äussern konnten sich aber auch «nicht offizielle Vernehmlassungsteilnehmer» wie die Schweizerische Interessengemeinschaft der Gebäudetechnik-Organisation, der Schweizerische Gemeinnützige Frauenverein, Schweizerischer Verband für Frauenrechte, Arbeitgeberverband Schweizerischer Papier-Industrieller, Schweizerische Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten oder Feuerwehrverband.

Einzig auf der Strecke blieben zahlreiche militärische Organisationen und Verbände, sowie zum Beispiel auch der Kaufmännische Verein, die Studentenvereinigungen usw., die es bestimmt geschätzt hätten, die Anliegen und Ansichten ihrer dienstpflichtigen Mitglieder einfließen zu lassen.

Zusammenfassend kann dieses Vorgehen des Eidgenössischen Departements des Innern als Windeier ausbrütende Alibi-Übung bezeichnet werden.

Gefordert sind nun die Parlamentarier. Allein die oben aufgeführten Argumente sollten eigentlich längst genügen, dem Debakel um den Finanztransfer von der EO zur IV ein sofortiges Ende zu bereiten. Scheuen auch sie sich davor, konkrete Lösungen anzustreben, die Sozialwerke so zu sichern, dass sie nicht weiterhin halbjährlich fast eine Milliarde Defizit einfahren? Oder lässt sich die Kunstpause des Bundesrates mit ihrem Gewissen noch vereinbaren, die finanziell arg angeschlagene Situation der Langzeitsoldaten weiterhin zu akzeptieren? Eine gewisse Hoffnung besteht also noch bei den Volksvertretern, dass sie nicht erst den Jahrmarkt der Eitelkeit aufkommen lassen!

Schweiz erlebt grösste Krise seit 1945

An der Generalversammlung vom vergangenen 22. März hielt der Präsident der Schweizerischen Gesellschaft für militärhistorische Studienreisen (GMS), Dr. Hans R. Herdener, eine gehaltvolle Rede, die wir unseren Leserinnen und Lesern nicht vorenthalten möchten.

Die Schweiz erlebt gegenwärtig ihre grösste Krise seit dem Jahre 1945. Nach den üblen Attacken des amerikanischen Senators D'Amato wird weltweit eine eigentliche Diffamierungskampagne gegen unser Land geführt. Wir werden beschuldigt, uns schamlos am Raubgold der von den Nazis im Zweiten Weltkrieg ermordeten Juden bereichert zu haben. Hat man früher einmal vom «*Ugly American*» gesprochen, so ist es heute der «*Ugly Swiss*», der zum Prügelknaben der ganzen Weltöffentlichkeit geworden ist.

Haben wir dies verdient? Zum Teil, leider ja! Der Bundesrat und die Schweizer Banken haben, wie sie heute selber zugeben, die Gefahr der Rundumschläge von D'Amato allzu lang unterschätzt.

Statt dass der Bundesrat dessen Anschuldigungen von Anfang an fest und bestimmt zurückgewiesen hätte, hat er sich nach allen Seiten unterwürfig entschuldigt. Einzig Bundesrat Delamuraz hat mit seinem Satz, die Juden wollten von uns nur «Lösegeld erpressen», mutig ausgesprochen, was weiteste Kreise unseres Volkes empfunden haben. Seit kurzem können wir aber mit Befriedigung feststellen, dass der Bundesrat seine Führungsaufgaben besser wahrnimmt. Der erste Teil der Ansprache von Bundespräsident Koller vor der Vereinigten Bundesver-

sammlung vom 5. März war eine würdige und staatsmännische Rede.

Leider tragen die Schweizer Banken die Hauptschuld an diesem Debakel. Sie haben während Jahrzehnten das Vorhandensein von Konten ohne Geschäftsverkehr verniedlicht oder ganz abgestritten. Hinterbliebene von Holocaust-Opfern wurde kaltschnäuzig mit dem Bescheid abgefertigt, ohne Totenschein könne man nicht auf ein Gesuch eintreten, wie wenn die SS-Schergen nach jeder Erschiessung oder Vergasung noch Totenscheine ihrer Opfer ausgestellt hätten. Peinliche Pannen, wie die Aktenvernichtung der SBG und der darauffolgende Auftritt von SBG-Präsident Studer in der «Arena», sind unverzeihlich. Mit dem Äufnen des Holocaust-Fonds von 100 Millionen, der inzwischen bereits auf über 300 Millionen angewachsen ist, haben die Banken jetzt aber wesentlich zu einer Beruhigung der Lage beigetragen.

Was haben wir uns eigentlich vorzuwerfen? 600 000 Männer und Frauen, darunter viele GMS-Mitglieder, haben in den Jahren 1939 bis 1945 unzählige Aktivdiensttage geleistet. Sie alle - bis auf eine unbedeutende Minderheit von Anpassern - wären bereit gewesen, im Falle eines deutschen Angriffs ohne Bedenken ihr Leben einzusetzen. Unser Igel hatte Stacheln, und zwar scharfe. Nicht umsonst haben die Deutschen unser Land als «Die Schweiz - das kleine Stachelschwein» bezeichnet.

Wenn heute gewisse «kritische Historiker», die von der damaligen Situation keinen Hochschein haben, behaupten, Hitler habe nicht wegen unserer Armee von

einem Angriff abgesehen, sondern nur, weil wir als Finanzplatz wichtig gewesen seien, so ist dies eine böswillige Simplifizierung. Das Vorhandensein einer intakten und vom Willen zum Widerstand beseelten Schweizer Armee war ein ganz wesentlicher Faktor für die Entscheidung des deutschen Diktators. Der Eintrittspreis wäre ohne Zweifel hoch gewesen.

Hören Sie, was der Militärhistoriker Hans Rudolf Kurz schon 1972 in seiner Broschüre «Operationsplanung Schweiz» dazu geschrieben hat:

*«Sicher wäre es falsch anzunehmen, dass die Schweiz es **allein** ihrer Armee verdankte, dass sie nicht in den Krieg hineingezogen wurde, aber ebenso sicher wäre es falsch zu behaupten, dass die Schweiz **auch ohne Armee** vom Krieg verschont geblieben wäre. Die Wahrheit dürfte zwischen diesen beiden Extremen liegen. Die kriegsverhindernde Wirkung ist ein Ganzes, in welchem eine Vielzahl von Faktoren zusammenwirken. Wenn darunter auch der militärische **obenan** steht, gelten daneben auch solche wirtschaftlicher, politischer, verkehrstechnischer, humanitärer, ideologischer und sicher auch irrationaler Natur.»*

Uns wird vorgeworfen, in dieser Zeit Kriegsmaterial an Deutschland ausgeführt zu haben. Das stimmt. Hätten wir denn, als wir eingeschlossen waren, den Engländern Kanonen und Munition liefern können? Dank dieser Ausfuhren hatte unser Volk Arbeit. Es erhielt dafür Kohle und Lebensmittel. Ohne diese Lieferungen hätten bei uns Arbeitslosigkeit und Hunger geherrscht.

Haben wir in der Flüchtlingsfrage versagt? Unser Land war von 1940

bis 1944 von den Achsenmächten fest umzingelt. Alle Entscheidungen unserer Regierung müssen aus jenem Blickwinkel betrachtet werden, und nicht aus dem heutigen Wissensstand heraus. Wir wussten zu jener Zeit zwar, dass es in Deutschland Konzentrationslager gab, doch hätten wir uns nicht im Traum vorstellen können, dass in diesen Lagern Millionen von Juden, Kommunisten, Sozialisten, Kriminellen, Landstreichern, Homosexuellen, Freimaurern und anderen Regimegegnern gequält, gefoltert und kaltblütig umgebracht würden. Ich bezweifle, ob unsere Behörden damals weitergehende Kenntnisse besaßen. Davon hörten wir erst im April 1945, als die alliierten Truppen die KZ befreiten und Bilder von Leichenbergen, Krematoriumsöfen, überfüllten Baracken und zu Gerippen abgemagerten Überlebenden veröffentlichten, welche die Welt erschütterten.

In der Schweiz lebten 1941 gemäss dem Statistischen Jahrbuch 4,22 Millionen Einwohner, worunter 19 429 Juden. Dazu kamen bis zum Kriegsende 295 000 Flüchtlinge, worunter 29 500 Juden und 42 000 Internierte. Nach den einen Quellen verweigerten wir 25 000 Juden den Zutritt zur Schweiz, nach anderen Autoren waren es knappe 10 000. Lassen Sie es mich klar sagen: Jedem einzelnen Juden, der an der Schweizergrenze zurückgewiesen und deshalb in einem KZ ermordet wurde, gebührt unser tiefstes Mitgefühl. Dieses Mitgefühl darf aber nicht dazu führen, dass wir Schweizer für deren Ermordung angeklagt und verurteilt werden.

Die Aussage von Adolf Muschg, wir alle hätten uns an der Ermordung eines Volkes mitschuldig gemacht, ist eine Frechheit und

muss mit aller Schärfe zurückgewiesen werden. Es ist so simpel, heute, im sicheren Wissen, dass uns ja eh nix passieren würde, moralisierend den Zeigefinger emporzuhalten und «pfui!» zu sagen.

Unsere damalige Regierung und die Armeeführung hatten den einzigen primären Auftrag, unser Land aus dem Krieg herauszuhalten. Diesen Auftrag haben Bundesrat und General erfüllt. Dafür müssen wir ihnen heute noch dankbar sein. Hätten unsere Behörden die Grenzen für die Flüchtlinge weit geöffnet, wäre eine militärische Aktion Hitlers nicht auszuschliessen gewesen. Das dürfte der Hauptgrund für die Zurückweisung der Juden gewesen sein. Wenn Hitler die Schweiz wegen der zu hohen Anzahl jüdischer Flüchtlinge angegriffen hätte, wäre unser Land verwüstet worden, Tausende von Schweizer Soldaten wären gefallen, und sowohl die bereits ansässigen als auch die zu uns geflüchteten Juden wären höchstwahrscheinlich in Auschwitz gelandet.

Aus Dankbarkeit für die Unversehrtheit im Krieg hat das Schweizer Volk nach dem Waffenstillstand eine «Schweizerspende» von 200 Millionen zusammengetragen; dies entspricht heute mehr als zwei Milliarden Franken. Überdies bezahlte die Regierung im Jahre 1946 im Washingtoner Abkommen eine Pauschale von 250 Millionen per Saldo aller Ansprüche aus den Goldgeschäften mit dem Dritten Reich. Dies sind nach heutigem Geldwert weitere 2,5 Milliarden Franken. Das sind Leistungen, von denen heute kaum mehr gesprochen wird.

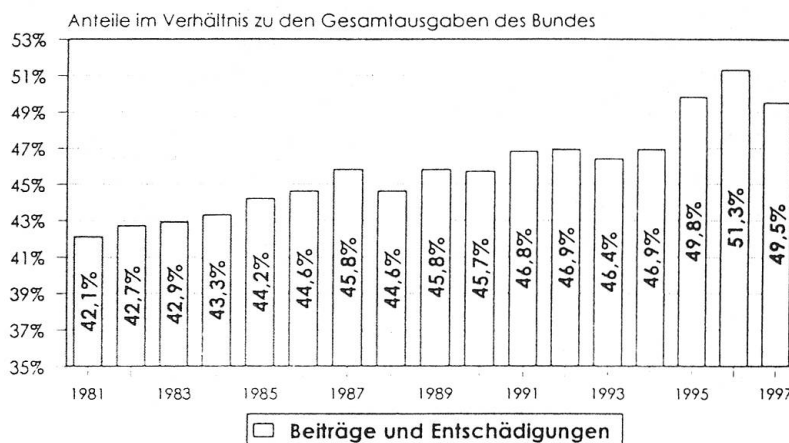
Ich sehe deshalb keinen Grund und keine Veranlassung, dass die Schweizer Geschichte neu zu

schreiben wäre. Die Fakten sind klar, an ihnen lässt sich nicht rütteln. Ob sie je nach dem politischen Blickwinkel so oder anders bewertet und ausgelegt werden, ist Sache jedes Einzelnen. Ich könnte den heuchlerischen Text des «Manifests vom 21. Januar 1997», in dem unter anderem gefordert wird, wir müssten die «historische Aufarbeitung unserer jüngeren Vergangenheit» an die Hand nehmen, nie und nimmer unterschreiben.

Bundespräsident Koller hat in seiner Rede vom 5. März angekündigt, dass neben dem von den Banken geäußerten Fonds für die Holocaust-Opfer eine gewaltige «Schweizerische Stiftung für Solidarität» von sieben Milliarden aus den Goldbeständen der Nationalbank geschaffen werden soll. Über diesen Fonds kann man in guten Treuen zweierlei Meinung sein. Fest steht für mich, dass seine Ankündigung im falschen Zeitpunkt kam; er hätte ebensogut schon vor einem Jahr oder erst im nächsten Herbst vorgeschlagen werden können.

Da Koller den Fonds aber gleichzeitig mit seiner Rede zur Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg erwähnt hat, wurde dessen Ankündigung vom jüdischen Weltkongress sogleich als Schuldbekennnis und zudem als feste Tatsache gewertet. Ich frage mich nur, wie sollen diese 350 Millionen Franken pro Jahr verteilt werden; wer stellt fest, wo «schwere menschliche Not gelindert» werden soll? Und wie stehen wir da, falls Volk und Stände diese Milliarden-Stiftung in der Abstimmung bachab schicken sollten?

Machen Sie sich erst einmal unbeliebt, dann werden Sie auch ernstgenommen.
Konrad Adenauer, erster Kanzler der Bundesrepublik Deutschland



Quelle: Monatsbericht SNB

SGV

Die Bundessubventionen geraten ausser Rand und Band

GPD. Gemäss Finanzprognosen ist beim Bund im kommenden Jahr mit einem Defizit von acht Milliarden Franken zu rechnen. Um der stetig steigenden Verschuldung zumindest etwas Einhalt zu gebieten, will der Bundesrat dem Parlament im Herbst ein Zwei-Milliarden-Sparprogramm unterbreiten, das in etlichen Bereichen drastische Kürzungen beinhalten soll. Vorgesehen ist auch eine auf Stufe Verfassung verankerte Notbremse.

Analysiert man die einzelnen Ausgabenposten des Bundes, stellt man rasch einmal fest, dass es bei den Sparanstrengungen wohl primär bei den Subventionen anzusetzen gilt. Deren Anteil an den Gesamtausgaben ist seit Beginn der achtziger Jahre kontinuierlich angewachsen. Die Subventionen beanspruchen mittlerweile rund die Hälfte der gesamten Bundesausgaben. Den mit Abstand gewichtigsten Posten bildet dabei die Soziale Wohlfahrt, gefolgt von den Bereichen Verkehr sowie Landwirtschaft und Ernährung.

Schweizer Zwiebeln nach Ungarn

F+G. Wer hätte das gedacht? Seit letzten Herbst ist es landauf, landab bekannt. Nicht nur in der Schweiz auch in ganz Europa meinte es die Natur mit den Zwiebeln besonders gut und bescherte eine Rekordernte. Dass ein grosser Teil der vorhandenen Menge im Ausland verkauft werden musste, war zum vornherein klar.

Nach anfänglichen Exporten in die angrenzenden EU-Länder, Deutschland und Österreich mit entsprechend hohen Eintrittszöllen, hat sich nun auch ein Fenster

nach Ungarn aufgemacht. Wer hätte wohl anfangs Saison gedacht, dass gerade die Schweiz Zwiebeln in ein typisches «Zwiebelland» exportieren würde? So haben kürzlich Zwiebeln aus entfernteren Regionen der Schweiz die Gemüsezentrale Rebstein mit Destination Budapest verlassen.

Es gibt Stripperinnen, die wie Zwiebeln wirken. Je mehr Schalen sie entfernen, desto näher ist man den Tränen.

Robert Lembke